

# Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern



**Ausgabe 08/2016**

**11. August 2016**

## **100 % mehr Auszubildende! Schaffen wir das?**

**Von Manfred Butz, stellv. Vorsitzender BG Bereitschaftspolizei**



**Momentan überschlagen sich die Ereignisse! Ansagen, Ergebnisse aus Machbarkeitsstudien und politische Aussagen: „2000 neue Stellen geschaffen!“ „Aufstockung der Ausbildungsseminare!“ „Jedes Jahr zusätzlich 500 neue Polizisten!“ Zusätzlich wozu? Eines steht fest: Soll die Polizei weiterhin in der Lage sein die innere Sicherheit aufrecht zu erhalten, dann muss die personelle Mehrung schnellstmöglich umgesetzt werden.**

Ganz wesentlich sind dabei die Auswirkungen auf die Bereitschaftspolizei. Größere Ausbildungsseminare und davon viel mehr. Wohin mit den Auszubildenden, wo doch in den Abteilungen in den letzten Jahren die Grenze des Machbaren ständig aufs Neue ausgereizt wurde? Und vor allem, wer soll sie unterrichten und ausbilden? Wie viele Qualitätsstandards werden nicht mehr zu halten sein? Was passiert, wenn die „Monsterwelle“ vorüber gezogen ist?

Der Öffentlichkeit wird als Reaktion aufgrund der brisanten Lage durch die bei uns im Land angekommenen Anschläge verkauft, dass der inneren Sicherheit durch mehr Personal bei der Polizei Rechnung getragen wird. Das entspricht aber so nicht ganz der Realität: Der Hauptgrund für die „Stellenmehrung“ ist die lange und sehnsüchtig erwartete Reaktion auf den offensichtlichen Personalmangel bei den Einzeldienststellen – und auch das nicht erst, seitdem klar wurde, dass nicht einmal die Ruhestandsabgänge durch die ursprünglich geplanten Neueinstellungen ausgeglichen werden können. Wir alle wissen, die „zusätzlichen“ Stellen sind primär nicht die Folge der Ereignisse in München, Würzburg und Ansbach! Egal wo es herkommt, das Problem ist auf dem Tisch. Das WIE muss geklärt werden und es beschäftigt uns alle.

An keinem Kollegen geht es spurlos vorüber. Egal ob er den Personalmangel persönlich spürt, z.B. durch viele Überstunden – ob er als Ausbilder gefordert ist, z.B. beim Unterrichten von größeren Klassen – oder ob er als Vorgesetzter Lösungen finden muss, „wohin mit den Seminaren und woher das Stammpersonal nehmen?“.

Uns als GdP beschäftigt die Frage des Umgangs, der Folgen für die Kollegenschaft und vor allem, ob die „Notsituation“ möglicherweise das Ausklammern von bewährten Standards rechtfertigt. Positiv dabei stimmt mich, dass von Seiten vieler verantwortlicher Stellen das deutliche Signal kommt, dass Ausbildungsstandards und Transparenz nicht leiden dürfen! Die modulare Ausbildung soll, so wie sie ist, erhalten bleiben. Die Landespolizei bestätigt die hohe Qualität der Ausbildung und bejaht, dass die praxisna-

he Ausbildung die jungen Polizisten zu sofort einsetzbaren, fast vollwertigen Kolleginnen und Kollegen macht. Als Gewerkschaft müssen wir auch weiterhin eingebunden sein in die Frage der Unterbringung von so vielen zusätzlichen Auszubildenden und in die Frage der Verwendung unseres Stammpersonals.

Containerlösungen sind angesichts der modernen Elemente durchaus bewährt und nicht die schlechteste Variante, aber inwieweit beeinträchtigen sie die Kapazitäten an den Standorten, an denen sie aufgestellt werden? Was passiert mit dem Stammpersonal, wenn ortsferne Objekte als Unterkünfte und Lehrstätten hergenommen werden? Wie werden Stammbeamte mit Kollegen aus dem Einzeldienst gemischt, damit Lehrwissen und Erfahrungen einfließen können? Wer darf wohin und für wie lange abgeordnet werden – gegen seinen Willen?

Dass wir zusammenrücken müssen ist klar, aber wir alle wollen eingebunden und informiert werden in und über die Entscheidungen für das WIE. Und es darf nicht sein, dass jetzt für diese Aufgaben angeworbene, weil benötigte Kolleginnen und Kollegen nachher auf der Strecke bleiben!

2000 zusätzliche künftige Polizistinnen und Polizisten, das kann keine Aufgabe sein, welche die Bereitschaftspolizei alleine meistern wird und kann. Eine nahezu Verdoppelung der Auszubildendenzahlen bei jetzt vorhandenem Ausbildungspersonal ist unmöglich! Wir brauchen die personelle Unterstützung anderer Polizeiverbände. Wir brauchen zusätzlich Tarifbeschäftigte für unsere Küchen, Werkstätten, Schneidereien etc. Wir brauchen aber auch die entsprechende Gesamtlogistik (Ausbau der Küchenkapazitäten, Schießanlagen, Fahrzeuge, Einsatzanzüge etc.), um diese zukunftsweisende Aufgabe überhaupt zu bewerkstelligen. 100% mehr Auszubildende – nur gemeinsam und nicht als BePo alleine werden wir das schaffen!

### **Homepage der GdP im neuen Look und mit verbesserten Funktionen**

Seit Mitte Juli erscheint die Homepage des Bundesvorstandes der Gewerkschaft der Polizei – [www.gdp.de](http://www.gdp.de) – in einem neuen und frischen Look. Der Internetauftritt wurde den neuen Gestaltungsrichtlinien der GdP angepasst und ist technisch so eingerichtet worden, dass dank eines „Responsive Designs“ [gdp.de](http://gdp.de) auch auf mobilen Endgeräten wie Tablets oder Smartphones sein volles Angebot nahezu verlustfrei entfalten kann. Verbessert wurden weiterhin die in die Homepage integrierte Suchmaschine sowie die Nutzerführung über ein sogenanntes Mega-Drop-down-Menü.

Mit dem Relaunch der neuen Homepage entfällt die bekannte grüne Portalseite von [gdp.de](http://gdp.de). Die neue [gdp.de](http://gdp.de)-Startseite bietet aber weiterhin sowohl aktuelle Nachrichten aus dem GdP-Bundesvorstand sowie den Ländern und Bezirken als auch direkte Verlinkungen zu allen Bereichen des Internetauftritts.

### GdP-Spitze zu Besuch beim PP Schwaben Süd/West

Von Thomas Bentele, stellv. Landesvorsitzender

Die Belastungssituation im Polizeipräsidium Schwaben Süd/West bestimmte das Gespräch bei unserem Besuch am 09.08.16 in Kempten. Der Polizeipräsident, Werner Strößner, berichtete umfassend über die Aufgaben, die das PP Schwaben Süd/West am Allgäu Airport Memmingerberg zu bewältigen hat. Neben den

Die Kontrollen führen momentan die fachlich versierten Kolleginnen und Kollegen der PI Fahndung Lindau und PSt Fahndung Pfronten durch. Die Kontrollen machen hierbei ca. 15 -20 % der gesamten Tätigkeiten aus, Tendenz steigend. Will man alle Aufgaben erledigen, ohne andere vernachlässigen



V.l.: Peter Pytlik, LV Peter Schall, PP Werner Strößner, Thomas Bentele und Gerry Bernhard

allgemeinen polizeilichen Aufgaben nach dem Luftsicherheitsgesetz sind auch die Fluggäste von Non-Schengenflügen einer polizeilichen Ein- bzw. Ausreisekontrolle zu unterziehen. Aufgrund eines Verwaltungsabkommens, das nach der Integration der Bayerischen Grenzpolizei in die Landespolizei mit dem Bund geschlossen wurde, obliegt die Kontrolle der regionalen Flughäfen Nürnberg und Memmingerberg der Landespolizei.

Doch während in Nürnberg schon immer Personal für diese Aufgaben etatisiert zur Verfügung stand, musste beim PP Schwaben Süd/West, insbesondere bei der örtlich zuständigen PI Memmingen, erst einmal improvisiert werden. Die zusätzlichen Aufgaben mussten zunächst aus dem bestehenden Personalkörper erledigt werden. Mittlerweile hat die Dienststelle 19 Sollstellen zugewiesen bekommen. Diese reichen aber bei weitem nicht aus. Derzeit nehmen die Non-Schengenflüge beständig zu.

zu müssen, würde man allein 52 Beamte am Flughafen benötigen. Berücksichtigt man die allgemeine Belastungs- und Personalsituation der Bayerischen Polizei, erscheint die momentane Forderung des PP Schwabens Süd/West, nach weiteren 16 Beamtinnen und Beamten, ohnehin nicht überzogen.

Wir werden uns als GdP dafür einsetzen, dass diese 16 Sollstellen erstens auch tatsächlich zum PP Schwaben Süd/West kommen und zweitens bei der nächsten Personalzuteilung auch tatsächlich mit Personal ankommen. Eine Verteilung der Stellen nach Regionalproporz halten wir hier nicht für sinnvoll, da einer Überwachung der Schengen-Außengrenzen – und diese haben wir am Allgäu Airport – gerade in der aktuellen Lage höchste Priorität zugemessen werden muss. Weiteres Thema waren noch die bevorstehenden Bau- bzw. Umbaumaßnahmen am Sitz des Präsidiums.



### Schmerzensgeldübernahme – erste Gerichtsentscheidung

Das VG Regensburg hat in einem aktuellen Verfahren entschieden, inwieweit die sog. Erfüllungsübernahme eines rechtskräftigen Schmerzensgeldanspruchs durch den Freistaat Bayern nicht doch auch auf Altfälle anzuwenden ist, wenn die erfolglose Zwangsvollstreckung nach dem 01.01.2015 erfolgt ist. Im gerichtlich geprüften Fall ging es um einen Kollegen, der am 01.05.2013 durch einen Betrunkenen verletzt wurde. Das gerichtlich zugesprochene Schmerzensgeld in Höhe von 4.000 € versuchte der Kollege, über einen Gerichtsvollzieher beizutreiben, nachdem der Schädiger die Zahlung verweigert hatte. Am 02.03.2015 gab der Schuldner die Eidesstattliche Versicherung ab, die Zwangsvollstreckung blieb daher erfolglos. Daraufhin stellte der Kollege den Antrag auf Erfüllungsübernahme nach Art. 97 BayBG, den das Landesamt für Finanzen jedoch zurückwies mit der Begründung, dass durch den mit dem Haushaltsgesetz 2015/2016 eingeführten Art. 97 BayBG nur Fälle erfasst sind, deren Ursache nach dem 01.01.2015 mit Inkrafttreten der Neuregelung entstanden ist. Dagegen ging der Kollege gerichtlich vor. Das VG Regensburg wies die Klage ab und traf in seinem Urteil einige interessante Festlegungen, die allgemein für solche Fälle von Bedeutung sind: Ganz klar war für das Gericht, dass nur Fäl-

le erfasst sind, bei denen die Schädigung nach dem 01.01.2015 erfolgte. Zum einen ergibt sich dies bereits aus der Formulierung des Art. 97 BayBG „...tätlichen rechtswidrigen Angriff.... erlitten“ – hätte der Landtag gewollt, dass auch Altfälle erfasst sind, dann hätte diese Formulierung ergänzt werden müssen mit „...erleidet oder erlitten hat“. Auch aus der amtlichen Begründung zum Gesetzesentwurf ergibt sich nichts Anderes. Zudem hatte der Landtag über eine von der GdP initiierte Ergänzung, auch zurückliegende Fälle innerhalb der zweijährigen Verjährungsfrist zu erfassen, mit Mehrheit entschieden, genau dies nicht zu tun. Somit sind nur Neufälle mit Tatzeitpunkt ab 01.01.15 erfasst. Stichtagsregelungen sind generell zulässig – auch das stellte das VG Regensburg ausdrücklich fest. Und eine weitere wichtige Feststellung ergibt sich aus dem Urteil, die für alle betroffenen Kolleginnen und Kollegen zu beachten ist: Es muss eine ärztliche Feststellung über die Verletzungen vorliegen, da geringfügige Fälle ausdrücklich nicht von der gesetzlichen Regelung erfasst sind. Deshalb sollte gerade dann, wenn wie im zu entscheidenden Fall, blaue Flecken und ein Bluterguss durch den Angriff eines Täters entstanden sind, ein Arzt aufgesucht werden, der die Verletzungen dokumentiert und ggf. behandelt. (PSch)

### Pressemeldungen der Gewerkschaft der Polizei Bund

#### Malchow: Personallücken bei Polizei gefährden innere Sicherheit

Die Ankündigung der Bundeskanzlerin, die Sicherheitsbehörden zu stärken, wird von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßt. Angesichts der Terror- und Gewalttaten der letzten Woche forderte die GdP die Länder dazu auf, dem Vorstoß der Bundeskanzlerin unmittelbar zu folgen.

„Es reicht nicht aus, nur die Bundesbehörden mit mehr Personal und besserer Ausrüstung auszustatten. Die größten Personallücken gibt es in den Ländern, die jahrzehntelang Stellen im öffentlichen Dienst gestrichen haben“, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow am Rande einer Vorstandsklausur im sauerländischen Winterberg.

Mit ihrer bundesweiten Kampagne habe die GdP im November des vergangenen Jahres nachdrücklich deutlich gemacht, dass bei der Polizei in Bund und Ländern seit der Jahrtausendwende rund 16.000 Stellen dem Rotstift zum Opfer gefallen sind.

„Vor dem Hintergrund vieler personell aufwändiger hinzugekommener Aufgaben und einem Berg von etwa 20 Millionen von unseren Kolleginnen und Kollegen angehäuften Überstunden brauchen wir zum Schutz der inneren Sicherheit Deutschlands mindestens 20.000 Polizeibeamte mehr“, betonte Malchow.

Notwendig sei es, dass die Politik auf absehbare Entwicklungen reagiere und nicht, wie in den letzten 15 Jahren, erst dann handle, wenn sie nicht mehr anders könne.

#### Kein Notstand: GdP zu Forderungen nach Einsatz der Bundeswehr im Innern

Auch nach den schrecklichen Anschlägen in mehreren Städten weist die Gewerkschaft der Polizei (GdP) wiederholte Forderungen nach dem Einsatz der Bundeswehr im Inneren strikt zurück. Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow sagte am Dienstag in Berlin: „In dieser angespannten Situation sind Besonnenheit und Augenmaß gefragt. Gerade nach dem allseits gelobten Einsatz der Polizei im Zusammenhang mit dem Münchner Amoklauf verbieten sich solch olle Kamellen. Der Ruf nach der Bundeswehr suggeriert, dass die Polizei nicht mehr Herr der Lage wäre und es eine Notstandssituation gäbe – aber das ist absolut falsch.“

Die Bundeswehr sei für die äußere, die Polizeien der Länder und des Bundes seien für die innere Sicherheit zuständig, bekräftigte der GdP-Vorsitzende. Diese Trennung habe sich in Krisenzeiten bewährt, und auch heute gebe es keinen Grund, diese Trennung aufzuheben. Es sei unzweifelhaft, dass die gegenwärtige Terrorlage Polizistinnen und Polizisten stark beanspruche. Der Ruf nach der Bundeswehr sei aber der falsche Weg, die Sicherheitslage zu verbessern. „Terroristen sind gefährliche Straftäter. Sie zu verfolgen, dingfest zu machen und vor Gericht zu stellen ist eine Aufgabe von Polizei und Justiz, die bislang auch erfolgreich bewältigt wurde“, betonte Malchow. Die jüngsten Anschläge hätten eindrucksvoll belegt, dass die Polizeien der Länder und des Bundes auch innerhalb kürzester Zeit gut ausgebildete und entsprechend ausgerüstete Polizeibeamte an den Ort des Geschehens bringen könnten.



### Malchow: Großer Nachholbedarf bei IT-Experten

Die Polizei braucht nach Einschätzung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) gut ausgebildete IT-Experten. Zwar stelle das Internet als Kriminalitätsraum und Tatbegehungsmittel die Ermittler permanent vor große und neue Herausforderungen, doch die eigentliche Schwierigkeit bestehe für die Polizei darin, Fachkräfte für diese Aufgabe bei den Sicherheitsbehörden zu gewinnen, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow am Mittwoch in Berlin anlässlich des vom Bundeskriminalamt (BKA) veröffentlichten Bundeslagesbildes „Cybercrime 2015“.

„Nach den Anschlägen und Gewalttaten der letzten Woche wird intensiv über die Abgründe des sogenannten Darknet diskutiert. Dieses mehr oder weniger geheime Netz ist für die Polizei kein Neuland. Erfolgreiche Ermittlungen beispielsweise im Bereich der Kinderpornografie haben das deutlich gezeigt. Da aber das Internet einen immer stärkeren Part in unserem Leben einnimmt, muss die Polizei auch dort, die immens wichtige Präventions- aber auch Ermittlungsarbeit leisten können“, sagte Malchow. Wenn er aber aus den Kollegenkreisen höre, dass derzeit die Polizei in den meisten Bundesländern für Informatiker nicht attraktiv sei, lasse das aufhorchen.

So habe ein ehemaliger Kollege, der sechs Jahre lang bei einem

Landeskriminalamt beschäftigt war und dort digitale Spuren bei Rechnern, Smartphones, Tablets oder Navigationsgeräte ausgewertet hatte, sich darüber beklagt, dass beispielsweise Diplombiologen bei Tätigkeiten in der DNA-Forensik standardmäßig höher eingruppiert werden als ein Diplom-Informatiker, der als IT-Forensiker beschäftigt ist. Zudem sei es ein Problem, so Malchow, dass qualifizierte Hochschulabgänger sich häufig zunächst im öffentlichen Dienst Berufserfahrungen holen, um dann erheblich lukrativere Angebote aus der Wirtschaft anzunehmen. Die Länder und der Bund hätten durchaus schon einiges unternommen, um Spezialisten auf lange Sicht zu binden oder anzulocken. Die Wirklichkeit zeige aber, dass dies noch nicht ausreiche. GdP-Chef Malchow appellierte an die verantwortlichen Politiker in Bund und Ländern, in dieser durch brutale Terrorakte und entsetzliche Gewalttaten geprägten Zeit über den Tag hinaus zu denken und eine zukunftssichere Polizei zu stellen. „Es reicht nicht aus, jetzt unter dem Eindruck der Ereignisse zu versprechen, Tausende von Polizistinnen und Polizisten einzustellen zu wollen. Die Tätigkeit bei der Polizei muss auch für Experten attraktiver werden. Das hat auch mit der entsprechenden Vergütung zu tun“, betonte er.

### Mit der „GdP – Bezirksgruppe Niederbayern“ und Signal – Iduna gewinnen

In der Wahlzeitung der GdP Bezirksgruppe Niederbayern zu den Personalratswahlen 2016 war für den Bereich des PP Niederbayern ein Rätsel eingebaut. Dieses wurde von unserem Kooperationspartner der Signal – Iduna freundlicherweise mit Amazon Gutscheinen in verschiedenen Staffellungen als Gewinn unterstützt. Der Verkaufsleiter der Signal-Iduna Gruppe, Herr Mario Mager, übernahm die Verlosung und übergab dem GdP Bezirksgruppenvorsitzenden Andreas Holzhausen die Gutscheine, welche an die glücklichen Gewinner übergeben wurden.



Foto von links nach rechts: Mario Mager, Verkaufsleiter Signal – Iduna, Andreas Holzhausen BG – Vorsitzender.



### **Halbjahresbericht des Verfassungsschutzes 2016: Gewalt und Konfrontation nimmt in allen extremistischen Bereichen zu**

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann setzt auf einen starken Verfassungsschutz: „Für eine effektive Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus ist der Verfassungsschutz unverzichtbar“, betonte er bei der Vorstellung der Halbjahresinformationen des Verfassungsschutzes 2016. Nicht zuletzt das erste islamistische Selbstmordattentat in Ansbach am Sonntag vergangener Woche und die grausame Axttat in Würzburg vom 18. Juli 2016 zeigten die reale Bedrohung Deutschlands durch den internationalen islamistischen Terrorismus. Wir müssen mit Anschlägen durch sogenannte einsame Wölfe, die sich durch das Internet selbst radikalieren, wie auch gesteuerte und planmäßig agierende Terrorzellen rechnen: „Die Anschläge in Paris und Brüssel zeigen, dass der IS auch die Flüchtlingsroute nutzt, um Anschläge durchzuführen. Und radikale Islamisten kennen bei der Wahl ihrer Opfer keine Tabus mehr. Sie versuchen unsere Freiheit zu zerstören“, so Herrmann. Er setzt dagegen insbesondere auf einen starken Staat mit mehr Personal und besserer Ausstattung für Polizei und Verfassungsschutz sowie auf eine Verschärfung von Gesetzen. Die Ausreisedynamik in die Kriegs- und Krisengebiete in Nahost hat sich nach den Angaben des Bayerischen Innenministers zwar etwas verlangsamt, jedoch sei die Lage weiterhin sehr ernst. „Ein unkalkulierbares Risiko und besondere Gefahr für die Innere Sicherheit stellen vor allem die Rückkehrer aus Syrien und Irak dar.“ Aktuell sind aus Bayern über 90 Personen in Richtung Syrien und Irak ausgereist (August 2015: 65) oder beabsichtigen dies, bundesweit mehr als 840 Islamisten (August 2015: 720) nehmen dort an Kampfhandlungen teil oder unterstützen diese. Bislang starben vermutlich etwa 140 Islamisten im Jihadgebiet, acht davon aus Bayern. Als beunruhigend bezeichnete Herrmann die gezielte Instrumentalisierung und Radikalisierung Minderjähriger, die aufgrund ihrer noch ungefestigten Persönlichkeitsstruktur bevorzugtes Ziel von radikalen Salafisten seien und zunehmend auch gewalttätige Aktionen begingen. Als Beispiele nannte er etwa Hannover, wo eine 15-Jährige mit einem Messerangriff im Februar 2016 einen Bundespolizisten schwer verletzte oder den Axttäter von Würzburg. Herrmann setzt auf ein Bündel an Gegenmaßnahmen. Dazu gehöre eine Verschärfung der Gesetze: „Für die Entschlüsselung einer chiffrierten Kommunikation über das Internet brauchen wir eine neue Rechtsgrundlage, die sogenannte Quellen-Telekommunikationsüberwachung.“ Das neue Bayerische Verfassungsschutzgesetz, das am 1. August 2016 in Kraft tritt, stelle einen wichtigen Schritt dar, mit dem der Verfassungsschutz nach Einbindung der G10-Kommission des Bayerischen Landtags nun auch Telefonate vor ihrer Verschlüsselung abhören könne oder dem Verfassungsschutz erstmals in Deutschland auch der Zugriff auf sogenannte Telekommunikationsverbindungsdaten erlaubt werde. Aber auch die Sympathiewerbung für terroristische und kriminelle Vereinigungen müsse wieder unter Strafe gestellt und Vermögensentziehungen erleichtert werden, so der Bayerische Innenminister. Bei der Präventionsarbeit gelte es, im Rahmen des bestehenden Bayerischen Präventions- und Deradikalisierungsnetzwerkes gegen Salafismus etwa auch gezielt das direkte Umfeld von Gefährdern zu sensibilisieren und dieses in kommunale Präventionsnetzwerke gezielt einzubinden. Außerdem seien Überwachungsmaßnahmen in den Asylbewerberunterkünften unerlässlich, etwa durch unangemeldete Polizeikontrol-

len. Herrmann erneuerte auch seine Forderung nach Aufrechterhaltung wirksamer Binnengrenzkontrollen im Interesse der Sicherheit unserer Bevölkerung und sein Angebot an den Bund zur Unterstützung durch die Bayerische Landespolizei. „Bayern wird im Übrigen seine Schleierfahndung verstärken und erwartet dies auch von anderen Bundesländern. Flüchtlinge ohne Papiere müssen wir zunächst an den deutschen Grenzen festhalten, deren Identität klären und gegebenenfalls zurückweisen. Ausländische Straftäter müssen schneller ihr Aufenthaltsrecht verlieren und schneller – auch in Krisengebiete – abgeschoben werden.“ Auch ein Bundeswehreininsatz im Innern könne zur Abwehr terroristischer Gefahren und zur Grenzsicherung über die bereits bestehenden Einsatzmöglichkeiten beitragen.

Herrmann: „Wir investieren aber auch in den Ausbau der Leistungsfähigkeit von Polizei und Sicherheitsbehörden. Bereits im Nachtragshaushalt haben wir allein die personelle Ausstattung des Verfassungsschutzes um weitere 97 Stellen deutlich erhöht. Mit der Verabschiedung des Sicherheitspakets in St. Quirin verstärken wir die Observation personell und rüsten sie mit modernster Technik aus.“

Der Bayerische Verfassungsschutz erziele aber auch im Kampf gegen Rechtsextremismus weitere Erfolge. „Wir haben nicht nur die Szene fest im Blick, gerade die zunehmende rechtsextremistische Hetze im Internet gegen Flüchtlinge, Politiker und engagierte Bürger.“ Aufgrund von Erkenntnissen des Landesamtes für Verfassungsschutz hat die Staatsanwaltschaft Kempten zum Beispiel ein Verfahren gegen die Hintermänner und identifizierte Mitglieder einer Facebookgruppe eingeleitet. Darin wurde über Monate hinweg der Nationalsozialismus verherrlicht und durch Hass-Postings Straftaten wie Volksverhetzung begangen. Am 13. Juli 2016 durchsuchten Polizisten in zwölf Bundesländern die Wohnräume von insgesamt 37 Beschuldigten, davon sechs aus Bayern.

Sorge bereite laut Herrmann auch das zunehmende linksextremistische Gewaltpotenzial, das zunehmend der Einschüchterung des politischen Gegners diene: „Insbesondere auch gegenüber Polizisten sinkt die Hemmschwelle seit Jahren.“ Im ersten Halbjahr 2016 sind bislang 30 Gewalttaten zu verzeichnen (2015 gesamt: 122), 19 davon gegen Polizeibeamte.

Gerade auch die jüngsten Entwicklungen nach dem Putschversuch in der Türkei am 14. und 15. Juli 2016 zeige, dass sich der Konflikt zwischen Erdogan-Sympathisanten und Regimekritikern auch auf Deutschland ausweite. Zudem verschärfen sich auch die Konflikte zwischen der kurdischen PKK und den sogenannten Grauen Wölfen. Die kurdische PKK verfüge in Bayern über ein Personenpotenzial von 1.800 Anhängern, bundesweit rund 14.000. Die sogenannten Grauen Wölfe, die türkisch-rechtsextremistische Ülkücü-Bewegung, habe in Bayern 1.250, in Deutschland rund 10.000 Anhänger. „Seit Herbst 2015 kommt es anlässlich verschiedener Kundgebungen in Bayern immer wieder zu gegenseitigen Provokationen und gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen diesen Gruppen“, so der Innenminister.

Herrmann zog abschließend das Fazit: „In allen extremistischen Phänomenbereichen geht es zunehmend konfrontativ zu. Dem müssen wir auf allen Ebenen entschieden entgegenzutreten – gerade auch mit den Mitteln und speziellen Befugnissen eines modernen Verfassungsschutzes.“ (Quelle: StMI, PM v. 01.08.16)





### Jahreshauptversammlung der KG Coburg-Kronach-Lichtenfels



Von links nach rechts hinten: Hubert Emmer, Manfred Hopf, Stefan Heinrichs, Gerhard Knorr; von links nach rechts vorne: Bernhard Leikheim, Heinz Geyer, Heinz Hühlein

Im April fand die Jahreshauptversammlung der GdP, Kreisgruppe Coburg-Kronach-Lichtenfels, in der Gaststätte Beckenhaus in Niederfüllbach statt. Der Vorsitzende Stefan Heinrichs konnte zahlreich erschienene Mitglieder begrüßen. Als Ehrengast war Gerhard Knorr vom Landesverband anwesend.

Die Sorgen und Nöte der Bediensteten bei der Polizei müssen ernst genommen werden. Neben verbaler Solidarität müsse es endlich zu Entlastungen und mehr Honorierungen kommen. Immer mehr Aufgaben zehren an der persönlichen Substanz. Viele Polizeibeamtinnen und -Beamte haben Jahrzehnte auf eine bewährte Regelung im Beförderungswesen im mittleren Dienst vertraut. Dann wandelte sich die Rechtsprechung. Erfahrungswissen zählt nicht mehr. Tausende von Kolleginnen und Kollegen wurden für beförderungsfähig erklärt, die vorher wegen der Altersgrenze nicht zum Zuge kamen. Weil aber die Beförderungsstel-

len fehlen, warten jetzt mehr als 3.000 Polizisten in Bayern auf ihre Beförderung. Dies führt zu Frustration bei den 3000 Wartenden.

Weiterhin prangerte Gerhard Knorr die Personalstärke in den Dienststellen an. Es werde immer mehr in der Fläche ausgedünnt. Dienststellen werden zur Nachtzeit geschlossen und mit einem sogenannten „Eisernen Schutzmann“ versehen. Dieser verbindet den Besucher dann mit der nächsten Dienststelle oder der Einsatzzentrale. Bei dringenden Einsätzen verlängert sich die Anfahrtszeit für die Streifen dadurch erheblich.

Langjährige Zugehörigkeit zur GdP war Anlass für einige Ehrungen. Für 40 Jahre Mitgliedschaft wurden Hubert Emmer, Manfred Hopf und Bernhard Leikheim geehrt, für 50 Jahre Mitgliedschaft wurde Heinz Hühlein geehrt. Für sage und schreibe 55 Jahre Mitgliedschaft wurde Kollege Heinz Geyer geehrt.

**„DIE GdP. EINE FÜR ALLE.“**

Gewerkschaft der Polizei







5 der höchsten Wolkenkratzer der Welt  
**NEU**  
**HIGH FIVE**

# LEGOLAND® Deutschland Eintrittskarten

**GdP-Mitglieder  
 sparen bis zu 55%  
 auf die 1-Tageskarten**



Vorbuchzeit	undatiert	0-1 Tage	2-6 Tage	mind. 7 Tage
Erwachsene (ab 12 Jahren)	€ 30,00	€ 28,00	€ 22,00	€ 19,00
Kinder (3-11 Jahre)	€ 28,50	€ 26,50		

Mit folgenden Zugangsdaten können Sie diese speziellen Tickets online auf [LEGOLAND.de/firmen](http://LEGOLAND.de/firmen) erwerben und selbst ausdrucken:

**Promotion Code:** LLD750  
**Kundennummer:** 7324  
**Passwort :** GDP



Diese 1-Tageskarten sind nur online im Vorverkauf erhältlich. Undatierte Eintrittskarten können an jedem beliebigen Tag in der Saison 2016 im LEGOLAND® Deutschland Resort in Günzburg genutzt werden, datierte Eintrittskarten gelten nur am ausgewählten Tag. Die Saison 2016 geht vom 19. März bis 6. November 2016. Bitte genaue Öffnungszeiten beachten.  
 Regulärer Tageskassenpreis: € 42 für Erwachsene und € 37 für Kinder.  
 Kinderkarten gelten für Kinder von 3 bis 11 Jahren, Kinder unter 3 Jahren sind frei.  
 Das Angebot ist nur gültig für Mitarbeiter des Unternehmens und deren Angehörige. Angebot nicht kombinierbar mit anderen Aktions- und Rabattvorteilen, Online- und Jahreskarten oder Übernachtungspauschalen. Die Weitergabe der Zugangsdaten und der Verkauf der 1-Tageskarten an Dritte ist nicht gestattet. Änderungen der Preise und Konditionen vorbehalten.

TM & © 2016 WARNER BROS. ENT. ALL RIGHTS RESERVED (s/f). LEGO, the LEGO logo, the Brick and Knob configurations, the Minifigure and LEGOLAND are trademarks of The LEGO Group. © 2016 The LEGO Group. Use d with pe mission. All rights rese ved. Preisänderungen sowie Änderungen n der Vomeile und Konditionen sind ausdrücklich vorbehalten.